Antrag

der Fraktion des Zentrums

betr. Erhöhung der Dienstbezüge der Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

die Dienstbezüge der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes mit Wirkung vom 1. April 1951 um 20% zu erhöhen und die Erhöhung auch auf die Ruhegehälter, Witwen- und Waisenversorgung auszudehnen.

Bonn, den 28. März 1951

Pannenhecker

Dr. Reismann

Frau Wessel und Fraktion